

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

II.

Die Stimmung wurde in Preußen nicht besser, als Preußen 1850 in dem Konflikt mit Hessen durch Österreich, dem Rußland zur Seite stand, genötigt war, in Olmütz bei einer Konferenz Österreich in seiner Forderung nach Anerkennung der Vorherrschaft im Deutschen Bund und des Bundestages anzuerkennen. Schwarzenberg hatte die Gelegenheit veräußert, zugleich die für Österreich wichtigste Maßregel: Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund und dafür Teilung des Vorsizes durchzusetzen, obwohl der Vertreter Preußens diese Frage selbst aufwarf. Dieser Fehler war später bei der durch die Demütigung Preußens daselbst erzeugten Mißstimmung nicht mehr gut zu machen. Die norddeutsche Zollunion war nach Olmütz aufgelöst worden, aber im September 1851 schloß Preußen schon wieder einen Vertrag mit Hannover wegen Vereinigung mit dem Zollverein. Sachsen wurde dadurch schwankend. Es wagte nicht aus dem Zollverein auszutreten und sich an die Seite Österreichs zu stellen, obwohl es die Schritte Preußens nicht billigte. Seine industriellen Interessen sprachen dagegen. Im November 1851 ließ man von Wien aus eine Einladung an alle deutschen Regierungen ergehen, zur Verhandlung über einen Zoll- und Handelsvertrag am 2. Januar 1852 in Wien Vertreter zu entsenden. Mitte Dezember wurde den Regierungen eine Denkschrift übersendet über einen Handels-, Schifffahrts- und Zollvertrag zwischen Österreich und dem Zollverein, sowie ein aus 13 Artikeln bestehender Entwurf eines Zolleinigungsvertrages. Im Interesse Österreichs sei es gelegen, daß der Zollverein nicht